

Russlands Anschuldigungen – eine Richtigstellung

Russlands Aggression gegen die Ukraine hat zur internationalen Isolation Russlands und zur Aussetzung der gesamten praktischen Zusammenarbeit der NATO mit Russland geführt.

Um von seinen Aktionen abzulenken, hat Russland eine Reihe von Anschuldigungen gegen die NATO vorgebracht, die auf einer verzerrten Darstellung der Fakten beruhen und die fortwährenden Anstrengungen der NATO zum Aufbau einer Partnerschaft mit Russland außer Acht lassen.

Russland hat ebenfalls die Legitimität der ukrainischen Regierungsstellen grundlos infrage gestellt und hat Gewalt angewendet, um sich einen Teil des ukrainischen Hoheitsgebiets einzuverleiben.

In diesem Dokument werden die Dinge richtiggestellt.

Beziehungen zwischen der NATO und Russland

Russland behauptet, dass die NATO jahrelang versucht habe, Russland international zu marginalisieren.

Seit den frühen 1990er Jahren hat das Bündnis fortwährend darauf hingearbeitet, auf Gebieten beiderseitigen Interesses eine kooperative Beziehung mit Russland herzustellen und eine strategische Partnerschaft aufzubauen.

Schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes begann die NATO, die Hand auszustrecken und auf Dialog statt auf Konfrontation zu setzen, wie das NATO-Gipfeltreffen in London im Juli 1990 verdeutlichte ([Erklärung hier](#)). In den darauffolgenden Jahren hat das Bündnis den Dialog und die Zusammenarbeit durch die Schaffung neuer Foren gefördert, und zwar durch die Partnerschaft für den Frieden (PFP) und den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC), die ganz Europa offen stehen, auch Russland (Gründungsdokumente der PFP sind [hier](#) und [hier](#) zu finden).

Als Zeichen für die einzigartige Rolle Russlands im euro-atlantischen Sicherheitsgefüge haben die NATO und Russland 1997 die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit unterzeichnet, in deren Rahmen der Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat geschaffen wurde. Im Jahr 2002 wurde diese Beziehung durch die Schaffung des NATO-Russland-Rats (NRR) gefestigt. (Die Grundakte findet sich [hier](#), die Erklärung von Rom über die Schaffung des NRR findet sich [hier](#).)

Seit Gründung des NRR haben die NATO und Russland auf vielen Gebieten zusammengearbeitet, von der Drogen- und Terrorismusbekämpfung bis hin zur U-Boot-Rettung und zur zivilen Notfallplanung. Keinem anderen Partner wurde eine vergleichbare Beziehung angeboten.

Die NATO hat keineswegs versucht, Russland zu marginalisieren. Im Gegenteil, Russland wurde von der NATO als bevorzugter Partner behandelt.

Der Fortbestand und die Erweiterung der NATO

Russische Regierungskreise sagen, dass die NATO am Ende des Kalten Krieges hätte aufgelöst werden sollen und dass der Beitritt neuer Bündnispartner aus Zentral- und Osteuropa die Sicherheit Russlands untergrabe.

Die NATO wurde nach dem Kalten Krieg nicht aufgelöst, weil die Mitglieder eben jene Verbindung aufrechterhalten wollten, die die Sicherheit und Stabilität im transatlantischen Raum sichergestellt hatte, wie die Erklärung von London verdeutlicht: „Wir müssen solidarisch bleiben, um den langen Frieden, dessen wir uns in den vergangenen vier Jahrzehnten erfreuten, auch künftig zu bewahren.“ Indem sie sich weiter für die Werte einsetzte, die ihr schon immer als Richtschnur dienten, wurde die NATO mehr als nur ein leistungsfähiges militärisches Bündnis: Sie wurde zu einem politischen Forum für Dialog und Zusammenarbeit.

Die Politik der offenen Tür der NATO war, ist und bleibt auf die Entscheidungsfreiheit europäischer demokratischer Staaten gestützt. Als die Ukraine beschloss, eine „blockfreie Politik“ zu verfolgen, hat die NATO diese Entscheidung in vollem Umfang respektiert. Die seit langem von russischer Seite geäußerte Behauptung, die NATO habe versucht, die Ukraine zu einem Beitritt zum Bündnis zu drängen, war und ist vollkommen falsch.

Die NATO ist den Bestimmungen des Artikels 10 des Nordatlantikvertrags ([hier](#) zu lesen) nachgekommen, welcher besagt, dass die Bündnispartner „durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen“ können.



Sechsmal haben sich zwischen 1952 und 2009 europäische Länder auf der Grundlage eines demokratischen Prozesses und unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit entschieden, sich um eine Aufnahme in das Bündnis zu bemühen. Die NATO-Bündnispartner beschlossen einstimmig, sie aufzunehmen.

Die Aussicht auf einen Beitritt zur NATO und zur EU hat in den Nationen in Zentral- und Osteuropa dazu beigetragen, schwierige Reformen zu bewältigen, die vor einem Beitritt durchgeführt werden mussten. So konnten die Bürger dieser Staaten die Vorzüge demokratischer Entscheidungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein beträchtliches Wirtschaftswachstum genießen. Durch diese Anstrengungen konnte sich Europa mehr denn je zuvor im Lauf seiner Geschichte einem geeinten, freien und friedlichen Europa annähern.

Russland hat sich dieser Vision in der Grundakte angeschlossen, in der es sich neben der Verpflichtung, „in Europa einen gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraum ohne Trennlinien oder Einflussphären zu schaffen“, auch zur „Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie ihres naturgegebenen Rechtes, die Mittel zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit [...] selbst zu wählen“, verpflichtet hat.

Entgegen all diesen Zusagen scheint Russland nun zu versuchen, erneut eine Einflussphäre aufzubauen, indem es von einem Teil der Ukraine Besitz ergreift, eine hohe Truppenzahl an seinen Grenzen behält und verlangt, dass die „Ukraine zu keinem Block gehören kann“, wie jüngst vom russischen Außenminister Sergej Lawrow geäußert.



Russische Behauptungen, dass die NATO versprochen habe, sich nicht zu erweitern

Aus offiziellen russischen Kreisen ist die Behauptung zu hören, amerikanische und deutsche Regierungsmitarbeiter hätten 1990 versprochen, dass die NATO sich nicht nach Ost- und Zentraleuropa erweitern würde und dass sie keine militärische Infrastruktur in der Nähe zu den Grenzen Russlands aufbauen oder ständig Truppen dort stationieren würde.

Es wurde kein solches Versprechen gegeben, und es wurde nie irgendein Beweis zur Untermauerung der Behauptungen Russlands vorgelegt. Wenn ein solches Versprechen von der NATO selbst gegeben worden wäre, so hätte dies als formeller, schriftlicher Beschluss aller NATO-Bündnispartner erfolgen müssen. Außerdem wurde eine Erweiterung der NATO erst Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung in Betracht gezogen. Zu dem Zeitpunkt, an dem die Versprechen Russland zufolge gegeben wurden, stand dieses Thema noch gar nicht zur Debatte.

Auch die Unterstellungen, dass die NATO versprochen hätte, keine Infrastruktur in der Nähe zu Russland aufzubauen, sind unrichtig. In der Grundakte hat die NATO wiederholt, „dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert. Das Bündnis wird sich dementsprechend auf eine angemessene, den genannten Aufgaben gerecht werdende Infrastruktur stützen müssen. In diesem Zusammenhang können, falls erforderlich, Verstärkungen erfolgen für den Fall der Verteidigung gegen eine Aggressionsdrohung und für Missionen zur Stützung des Friedens im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den Leitprinzipien der OSZE sowie für Übungen im Einklang mit dem angepassten KSE-Vertrag, den Bestimmungen des Wiener Dokuments von 1994 sowie gegenseitig vereinbarten Transparenzmaßnahmen.“

Die NATO hat in der Tat die Aufwertung von militärischen Infrastrukturen wie beispielsweise Luftstützpunkten in den neu zum Bündnis hinzugekommenen Ländern unterstützt, und zwar entsprechend den Anforderungen für Verstärkungen und Übungen. Allerdings sind die einzigen Kampftruppen, die permanent im Hoheitsgebiet der neuen Mitgliedstaaten stationiert sind, die eigenen Streitkräfte des jeweiligen Landes.

Schon vor der Krise in der Ukraine waren die einzigen regelmäßig sichtbaren Zeichen von Streitkräften des Bündnisses in den neuen Mitgliedstaaten die NATO-Flugzeuge für die Luftraumüberwachungsmission in den baltischen Staaten. Diese minimalen defensiven Mittel kann man nicht als substantielle Kampftruppen im Sinne der Grundakte bezeichnen.

Seit der Krise hat die NATO Schritte unternommen, um das Lagebild zu verbessern und die Verteidigung unserer östlichen Mitglieder zu stärken. Auch dies entspricht voll und ganz der Grundakte und ist eine direkte Folge der zur Destabilisierung führenden russischen Militäraktionen.

Schließlich besagt die Grundakte ebenfalls, dass „Russland [...] sich bei der Dislozierung konventioneller Streitkräfte in Europa entsprechende Zurückhaltung auferlegen“ wird. Die russische Aggression gegen die Ukraine verstößt genau wie die einseitige Aussetzung der Erfüllung des KSE-Vertrags auf flagrante Weise gegen diese Verpflichtung.

Russische Behauptungen, dass die NATO russische Bedenken bezüglich der Raketenabwehr ignoriert habe

Die NATO hat die Bedenken Russlands nicht ignoriert. Im Gegenteil, das Bündnis hat sich immer wieder um eine Zusammenarbeit mit Russland auf dem Gebiet der Raketenabwehr bemüht. Auf dem Gipfeltreffen in Lissabon 2010 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten „beschlossen, eine Raketenabwehrfähigkeit zum Schutz der Bevölkerungen, des Gebiets und der Streitkräfte aller europäischen NATO-Staaten zu entwickeln, und Russland eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten“ (Erklärung [hier](#)).

Dies wurde auf dem Gipfeltreffen in Chicago im Mai 2012 wiederholt ([hier](#)), auf dem die Staats- und Regierungschefs betonten, die NATO ist „unverändert entschlossen, bei der Raketenabwehr im Geist des gegenseitigen Vertrauens und der Gegenseitigkeit [...] zusammenzuarbeiten“, und wo sie ausdrücklich bekräftigten, dass die Raketenabwehr der NATO „die nuklearen Abschreckungsfähigkeiten Russlands nicht untergraben“ wird. Die NATO hat ebenfalls ein System der Transparenz vorgeschlagen, welches die Schaffung von zwei gemeinsamen Raketenabwehrzentren der NATO und Russlands umfasste. Russland hat diese Angebote ausgeschlagen.

Diese Gipfelerklärungen sind mehr als bloß politische Versprechen: Sie definieren die Politik der NATO. Statt auf das Kooperationsangebot der NATO einzugehen, hat Russland Argumente ins Feld geführt, die die Physik ebenso wie die erklärte Politik der NATO außer Acht lassen. Unabhängige russische Militärexperten haben eindeutig nachgewiesen, dass das Raketenabwehrprogramm der NATO keine Bedrohung für Russland darstellen und die Wirksamkeit der strategischen Abschreckungsfähigkeiten Russlands nicht mindern könne. Die russische Regierung hat die Raketenabwehr als Ausrede für Anschuldigungen benutzt, statt als Gelegenheit zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Die russische Kritik an der Legitimität der Militäreinsätze der NATO – Libyen

Im Versuch, die eigenen illegalen Handlungen auf der Krim zu rechtfertigen, hat Russland die Legitimität einiger NATO-Operationen in Zweifel gezogen.

Dazu gehört auch die von der NATO geführte Operation zum Schutz von Zivilisten in Libyen im Jahr 2011. Diese von der NATO geführte Operation wurde gemäß zwei Resolutionen des VN-Sicherheitsrates (UNSCR) durchgeführt, und zwar UNSCR [1970](#) und [1973](#), die beide auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verweisen und von denen keine von Russland mit einem Veto blockiert wurde. Präsident Putin hat jüngst der NATO vorgeworfen, dass sie durch die Bombardierung von Libyen gegen diese Resolutionen verstoßen habe. Das ist völlig unrichtig.

In UNSCR 1973 wurde die NATO ermächtigt, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“, um „von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete [...] zu schützen“, was die NATO dann mit der politischen und militärischen Unterstützung der Staaten der Region und von Mitgliedern der Arabischen Liga getan hat.

Nach dem Konflikt hat die NATO mit der Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für Libyen zusammengearbeitet, die keinen Verstoß gegen UNSCR 1973 oder das Völkerrecht feststellte, sondern zu dem Schluss gelangte, dass „die NATO einen höchst präzisen Einsatz mit dem nachweislichen Bestreben, zivile Opfer zu vermeiden, durchgeführt“ habe.



Die russische Kritik an der Legitimität der Militäreinsätze der NATO – Kosovo

Die NATO-Operation in Bezug auf den Kosovo folgte nach einem Jahr der intensiven Bemühungen seitens der Vereinten Nationen und der Kontaktgruppe, der auch Russland angehörte, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Der VN-Sicherheitsrat hat mehrmals die ethnische Säuberung im Kosovo und die steigende Anzahl von aus ihren Wohnungen vertriebenen Flüchtlingen als Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit angemahnt. Die NATO-Operation Allied Force wurde trotz fehlender Ermächtigung des Sicherheitsrats in die Wege geleitet, um andauernde massive Verletzungen der Menschenrechte und das Töten von Zivilisten zu verhindern.

Nach dem Luftangriff wurde die darauffolgende, von der NATO geführte Operation KFOR, an der ursprünglich auch Russland beteiligt war, unter UN-Mandat (UNSCR [1244](#)) durchgeführt. Diese Operation verfolgte das Ziel, für ein sicheres und stabiles Umfeld im Kosovo zu sorgen. Dies führte zu knapp zehnjährigen diplomatischen Bemühungen unter Leitung der Vereinten Nationen, die darauf abzielten, eine politische Lösung zu finden und den endgültigen Status des Kosovo zu bestimmen, wie es UNSCR 1244 vorsah.

Die Operation im Kosovo wurde nach umfassenden Diskussionen mit der gesamten internationalen Gemeinschaft, die mit einer lang anhaltenden Krise konfrontiert war, durchgeführt. Auf der Krim hat Russland ohne Beweise für eine Krise und ohne den Versuch, eine Lösung auf dem Verhandlungswege zu finden, die gesamte internationale Gemeinschaft und auch die Vereinten Nationen umgangen und einfach einen Teil des Hoheitsgebiets eines anderen Landes besetzt.

Russische Behauptungen, dass die ukrainischen Behörden illegitim seien

Der aktuelle ukrainische Präsident und die Regierung wurden am 27. Februar 2014 durch eine überwältigende Mehrheit im ukrainischen Parlament anerkannt (371 von 417 abgegebenen Stimmen), auch von Mitgliedern der Partei der Regionen.

Dieses Parlament wurde am 28. Oktober 2012 gewählt. Das russische Außenministerium erklärte zu jenem Zeitpunkt, dass die Wahlen „friedlich, ohne Ausschreitungen und entsprechend allgemeingültigen Standards“ abgehalten wurden und „das Engagement der Ukraine für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestätigten“. Diese Erklärung ist (auf Russisch) [hier](#) zu finden.

Das Parlament, das Russland damals als legitim bezeichnete, kann nun kaum als illegitim bezeichnet werden.

Russische Behauptungen, dass das sogenannte Referendum auf der Krim legal gewesen sei

Russische Regierungsmitarbeiter behaupten, dass das so genannte Referendum auf der Krim am 16. März legal gewesen sei.

Das Referendum war illegal gemäß der ukrainischen Verfassung (auf Ukrainisch [hier](#) zu finden, auf Russisch [hier](#) und auf Englisch [hier](#)), welche besagt, dass „eine Änderung des Hoheitsgebiets der Ukraine ausschließlich durch ein gesamtukrainisches Referendum entschieden werden kann“.

Die Krim besitzt als Teil der Ukraine den Status einer autonomen Republik, aber alle Fragen betreffend ihre Befugnisse müssen vom ukrainischen Parlament entschieden werden (Artikel 134) und ihre Verfassung muss vom ukrainischen Parlament verabschiedet werden (Artikel 135).

Außerdem wurde das sogenannte Referendum in wenigen Wochen von einer selbsternannten Führung der Krim organisiert, die von bewaffnetem russischem Militärpersonal nach der Besetzung von Regierungsgebäuden installiert wurde.

Russische Behauptungen, dass die Annexion der Krim durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs betreffend die Unabhängigkeit Kosovos gerechtfertigt sei

Die russische Führung behauptet, dass der Präzedenzfall für die sogenannte Unabhängigkeitserklärung der Krim das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs betreffend die Unabhängigkeit Kosovos sei (online [hier](#) zu finden).

Allerdings brachte der Gerichtshof deutlich zum Ausdruck, dass sein Gutachten keinen Präzedenzfall darstelle. Der Gerichtshof führte an, dass ihm eine „begrenzte und spezifische“ Frage über die Unabhängigkeit Kosovos unterbreitet worden sei, die die umfangreicheren juristischen Folgen dieser Entscheidung nicht abdecke.

Der Gerichtshof hob Umstände hervor, unter denen Forderungen nach Unabhängigkeit illegal wären – unter anderem den Fall, dass diese Forderungen „mit der rechtswidrigen Anwendung von Gewalt verbunden waren oder gewesen wären“. Ein Beispiel für eine „rechtswidrige Anwendung von Gewalt“ wäre eine Invasion und Besetzung durch einen angrenzenden Staat – also genau das, was Russland getan hat.

Darüber hinaus hat der Prozess, der zur Unabhängigkeitserklärung Kosovos geführt hat, mehrere Jahre gedauert und einen umfangreichen Prozess unter Führung der Vereinten Nationen beinhaltet. Die russischen Behauptungen übergehen alle diese Tatsachen.



Public diplomacy division (PDD) - Referat für Presse und Medien

Tel.: +32(0)2 707 1010/1002

E-Mail: moc@hq.nato.int

#NATO